



AktivistInnen von Ende Gelände blockieren den Tagebau Hambach und demonstrieren damit für den sofortigen Kohleausstieg.

© Ende Gelände (BY-NC-SA 2.0)

# KOHLEAUSSTIEG IST EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT

## Gemeinsam für den sozial-ökologischen Systemwandel

**Lange genug haben wir versucht, mit Bildern von schmelzenden Gletschern und hungernden Eisbären die Klimakrise zu stoppen. Es wird Zeit, dass wir über Gerechtigkeit reden. Über Umverteilung. Und darüber, was es zu gewinnen gibt: eine solidarische Gesellschaft, die nicht nur ihre Energieversorgung ökologisch, dezentral und für alle bezahlbar gestaltet.**

**U**M DIE Klimakrise zu stoppen, kämpft das Bündnis Ende Gelände auch für einen gesellschaftlichen Wandel – von dem sowohl die Mehrheit der Menschen in Deutschland als auch im globalen Süden profitieren.

Fassungslos stehen die Pacific Climate Warriors (Pazifische KlimakriegerInnen) vor dem Mondkrater des Tagebaus Hambach. Die Delegation aus Fidschi ist extra zur 23. Klimaverhandlung der Vereinten Nationen (UN) nach Bonn gekommen und ins Rheinische Braunkohle-Revier gefahren, um mit eigenen Augen zu sehen, wo die Treibhausgase produziert werden, die ihre Lebensgrundlagen zerstören. Jedes Stück Kohle, das der Energiekonzern RWE hier aus dem Boden holt und verbrennt, bringt ihr Zuhause dem Untergang ein Stück näher. An diesem Tag wird deutlich: Die Klimakrise ist ein ganz akutes, ein ganz konkretes Problem. Und sie ist vor allem eine Frage der Gerech-

tigkeit. Es sind einige, wenige Menschen, die weit über ihre Verhältnisse leben und damit anderen Menschen die Lebensgrundlagen entziehen. Als AktivistInnen von Ende Gelände in einer Massenaktion zivilen Ungehorsams die Bagger im Tagebau zum Stillstand bringen, tun sie das als Zeichen für weltweite Gerechtigkeit.

Ein halbes Jahr später sind die Pacific Climate Warriors aus den Nachrichten verschwunden. Geredet wird stattdessen über eine Kommission für Strukturwandel. Die meisten Menschen in Deutschland beklagen sich verständlicherweise eher über die steigenden Mieten in Großstädten als über den steigenden Meeresspiegel im Pazifik. Wer Angst hat, bald zu einem der mehr als 300.000 Haushalte zu gehören, denen jährlich der Strom abgeklemmt wird,<sup>1</sup> der sorgt sich mehr um die nächste Stromrechnung.

Als Bewegung für Klimagerechtigkeit führen wir diese Kämpfe zusammen. Wenn wir von Klimagerech-

tigkeit sprechen, betonen wir damit, dass ökologische und soziale Fragen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Es bedeutet, dass wir den Klimawandel als gesellschaftliches Problem begreifen. Wir geben uns nicht damit zufrieden, mit technischen Mitteln den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren oder Konzernen die Möglichkeit zu lassen, sich mit Alibi-Projekten „grün zu waschen“.

### Erneuerbare Energie für alle und bezahlbar

Die Bundesregierung hat gezeigt, dass sie auf die globale Klima- und Gerechtigkeitskrise keine Antworten hat. Vielmehr handelt sie im Sinne der Kohlekonzerne, zerstört so die Energiewende und wälzt die Kosten auf die BürgerInnen ab: Die Förderung für Bürgerenergie und Mieterstrom wurde zusammengestrichen; der Strompreis hat sich für private Haushalte seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt. Großbetriebe verbrauchen 18 Prozent des Stroms, tragen aber nur 0,3 Prozent der Kosten für die Förderung von Erneuerbaren Energien.<sup>2</sup> Bei den Netzentgelten zahlen private Haushalte mit geringem Stromverbrauch 6 Mal so viel wie Industriebe-

triebe.<sup>3</sup> Die Schere zwischen Arm und Reich geht also auch im Energiesektor immer weiter auseinander.

Ende Gelände steht für eine Zukunft, in der alle Menschen ein Zuhause mit Licht und Wärme haben, ohne dass dadurch die Natur, das Klima und die Lebensgrundlagen von anderen Menschen vernichtet werden. Die Stromproduktion muss sich am Gemeinwohl orientieren, statt am größtmöglichen Profit. Dafür braucht es natürlich ein anderes Wirtschaftssystem als derzeitige.

### Für gute Arbeit und gutes Klima

Wir dürfen nicht zulassen, dass Lobbygruppen das Arbeitsplatz-Argument instrumentalisieren, um gegenwärtige Missstände zu rechtfertigen. Ja, wir müssen über Arbeitsplätze reden. Doch das liegt nicht an unseren Forderungen, sondern an unserem Wirtschaftssystem. Unternehmen müssen stetig Arbeitsplätze wegrationalisieren, wenn sie im internationalen Wettbewerb bestehen wollen. Dabei können sich die Kämpfe für gute Arbeit und für ein gutes Klima gegenseitig bestärken: Auch unter den GewerkschafterInnen mehren sich die Stimmen derjenigen, die sich für die Energiewende aussprechen.<sup>4</sup> Wir müssen gemeinsam und solidarisch die Frage lösen, wie Arbeit neu organisiert werden kann, damit sie die Existenz aller Menschen sichert. Wir müssen gemeinsam die Energieversorgung dezentralisieren, bis jede Kommune, jeder Kiez und jede Hausgemeinschaft ihren eigenen Strom aus Sonne und Wind erzeugen können und Überschüsse in Netze einspeisen, die zur Daseinsvorsorge gehören und somit Gemeingut sind.

Ende Gelände fordert den sofortigen Kohleausstieg, um die akuten Ungerechtigkeiten zu stoppen – und zwar die Stromabklemmung in Berlin-Pankow ebenso wie den Wirbelsturm im Pazifik. Wir sind solidarisch mit den Pacific Climate Warriors und den Gewerkschaften. Wir wollen gemeinsam mit lokalen AkteurInnen in den Tagebau-Regionen an einer sozialen und nachhaltigen Transformation arbeiten. Auch nach dem Ende des Kohleabbaus wird es tausende Arbeitsplätze in der Rekultivierung und Nutzbarmachung der Tagebaue und der Bearbeitung der regionalen Ewigkeitsschäden geben. Doch je länger der Kohleausstieg verschleppt wird und je länger RWE und die anderen 3 großen Energiekonzerne ihre

Vormachtstellung behalten, desto schwieriger wird der Strukturwandel in den Regionen, in denen noch Arbeitsplätze an der Kohle hängen.

### In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Es ist nicht zu erwarten, dass die nun geplante ‚Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung‘ diese grundsätzlichen Fragen angehen wird. Umverteilung, Klimakrise, Neuorganisation von Arbeit, Energiedemokratie, lokale und globale Gerechtigkeit fehlen hier als Punkte auf der Agenda. Umweltverbände und Bürgerinitiativen aus Dörfern, die von Abbaggerung bedroht sind, dürfen zwar VertreterInnen in die Kommission entsenden. Die grundlegend ungleichen Machtstrukturen in unserer Demokratie sorgen aber dafür, dass die Stimme von Antje Grothus als Vertreterin der Betroffenen aus dem Rheinland niemals so viel Gewicht haben wird wie die der Braunkohle-Fans Matthias Platzeck (SPD) und Stanislaw Tillich (CDU). Im Wesentlichen bleibt die Kommission der Versuch, mit den Personen und den Denkmustern, die das Problem verursacht haben, eine Krise zu lösen, die das Leben von Menschen weltweit bedroht. Dazu kommt: Die Pacific Climate Warriors haben gar keine Stimme in dieser Runde.

Was droht, ist ein „Kohlekonkonsens“, der ähnlich funktioniert wie der „Atomkonsens“ im Jahr 2000: Die Industrie sichert sich satte Gewinne und die Gegen-Bewegung wird empfindlich geschwächt, weil Medien den Eindruck erwecken, das Problem sei erledigt. Dabei sind die Arbeitsplätze dann noch lange nicht „gesichert“, sondern immer noch abhängig von aktuellen Deals zwischen den Stromkonzernen. Die Mieten hören nicht auf zu steigen und die EEG-Umlage auch nicht. Das einzige, was sicher bleibt, ist der ungerechte Status quo.

### Kohleausstieg „von unten“

Das werden wir als starke Bewegung für Klimagerechtigkeit nicht zulassen. Ende Oktober werden wir als ‚Ende Gelände!‘ am Tagebau Hambach die Braunkohle-Infrastruktur von RWE blockieren. Wir stellen uns damit schützend vor den Hambacher Forst, für dessen Erhalt auch Antje Grothus und viele tausende Menschen aus der Region kämpfen. Wir fordern damit den sofortigen Kohleausstieg für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziel und

setzen ein Zeichen für das Leben der Menschen auf Fidschi und anderswo im globalen Süden. Wenn die Politik versagt, machen wir den Kohleausstieg eben „von unten“.

Aber es geht auch darum, die Idee des Gemeinguts wiederzubeleben. Wir müssen die Stromkonzerne entmachten und den Menschen die Souveränität über die Energieversorgung selbst in die Hand geben: In Solidarität mit allen, die im globalen Süden ihre Lebensgrundlage verlieren, mit allen, die Angst vor Arbeitslosigkeit oder Altersarmut haben und mit allen, die ihre Miete oder Stromrechnungen nicht mehr zahlen können.

Natürlich bleibt dann noch immer viel zu tun auf dem Weg zu mehr Klimagerechtigkeit. Neben der Energiewende steht auch die Transformation weiterer gesellschaftlicher Bereiche an: die Agrarwende, die Entmachtung von Automobilkonzernen, der Aufbau von alternativen Versorgungsstrukturen. Aber der Erhalt des Hambacher Forsts ist eine Sofortmaßnahme für Klimagerechtigkeit, der Kohleausstieg ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, und in unserem gemeinsamen Protest können wir uns über Grenzen hinweg zusammenschließen und für den gesellschaftlichen Wandel sorgen, der uns allen ein gutes Leben ermöglicht.



Robin Herbst

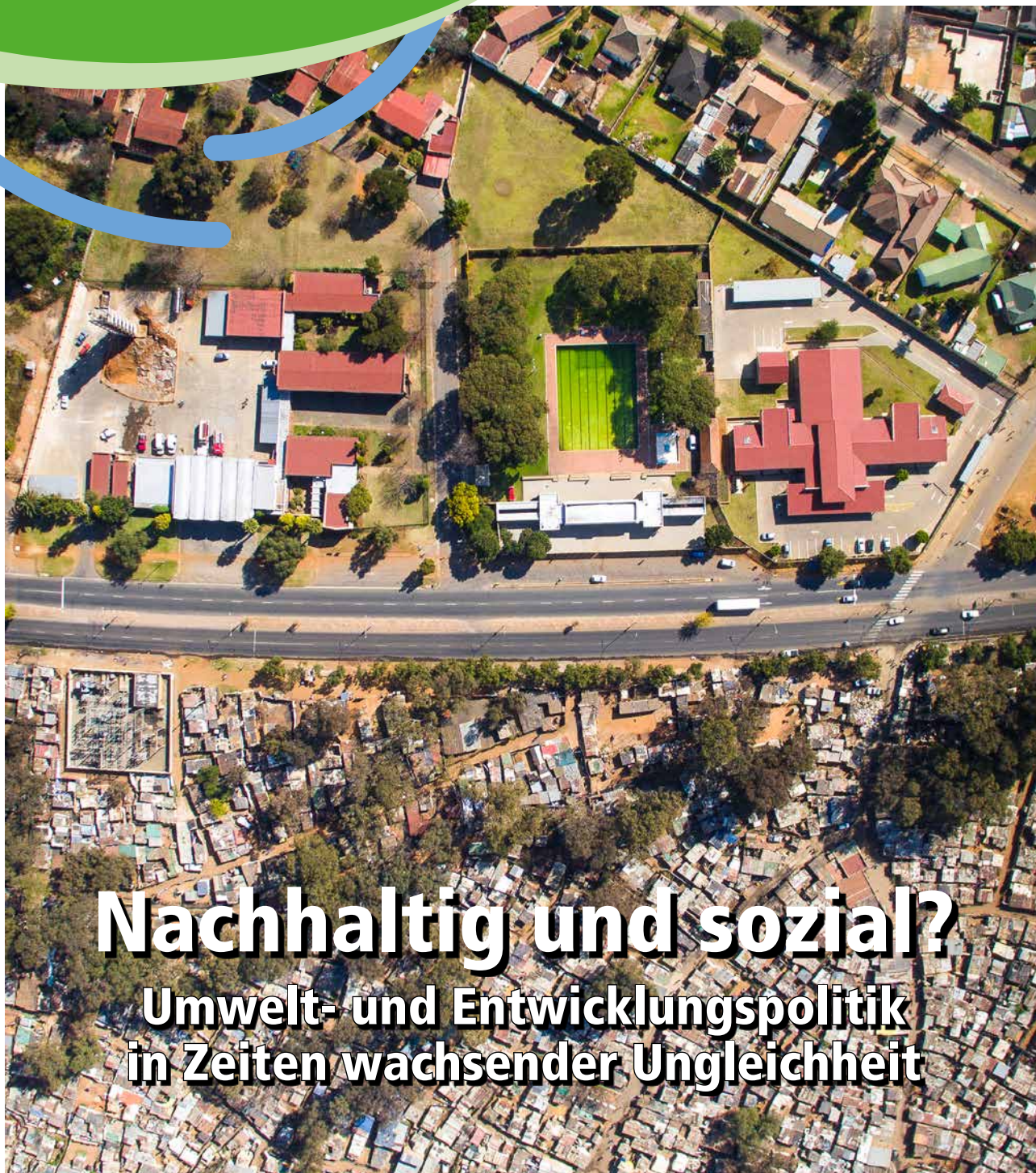
Die Autorin setzt sich als Aktivistin bei Ende Gelände für Klimagerechtigkeit ein.

- 1 Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Caritasverband e. V. (DCV). <https://www.zew.de/presse/pressearchiv/stromsperrandrohen-haeufig-alg-ii-empfaengern-und-verschuldeten-haushalten/>.
- 2 <http://www.photovoltaiik.org/wissen/eeg-umlage-ausnahmen-fuer-energieintensive-betriebe>.
- 3 <https://www.energie-klimaschutz.de/verbraucher-mittelpunkt-der-energie-wende/>.
- 4 [https://weact.campact.de/petitions/dgb-muss-sich-zum-klimaschutz-bekennen?bucket=fbAD-18-05-08&from\\_signature\\_confirmation=true&signature\\_token=435edd8c742b7e57b905b49e0fdc08b8ebb48f46](https://weact.campact.de/petitions/dgb-muss-sich-zum-klimaschutz-bekennen?bucket=fbAD-18-05-08&from_signature_confirmation=true&signature_token=435edd8c742b7e57b905b49e0fdc08b8ebb48f46).

2/2018

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



## Nachhaltig und sozial? Umwelt- und Entwicklungspolitik in Zeiten wachsender Ungleichheit

Seite 2

**Die Umweltbewegung und die soziale Frage**

Seite 10

**Globale Ungleichheit:  
Der Exportschlager der  
neoliberalen Handelspolitik**

Seite 14

**Die Landfrage als eine „Ur-  
Frage“ von Ungleichheit**

Seite 16

**Rohstoffausbeutung in  
Lateinamerika als Ausdruck  
globaler Dominanz**